

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Leipzig, Postfach 110.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21368, Einzelhefte Riesa Nr. 52.

Nr. 147.

Montag, 27. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Druck in bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Seite des Tagesblattes (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; geländebildlich und tabellarisch 1.50 Mark, Aufschlag, Anzeigen- und Vertriebsgebühren 50 Pf. pro Zeile. Gewähliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Die gesetzlich vorgeschriebene Anzeigenpreisliste, die bei der Reichsregierung in Berlin zu beziehen ist, ist bei der Redaktion des Tagesblattes zu beziehen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Redaktion, der Distribution oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach 52. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 26. Juni.

Ohne Debatte überweist der Reichstag den Gesamtentwurf zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten im Ausland dem Reichsausschuß. Gleichfalls ohne Debatte werden in allen drei Lesungen angenommen das Gesetz über die Ausübung von Klagen durch den Reichsausschuß, das Gesetz über die Ausgabe von Schuldscheinen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bis zum 31. März 1922.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums beantragt der Reichsausschuß eine Herabsetzung der Reichsbeiträge für das Reichsamt für Breslau, Stuttgart und Königsberg beantragten Erhöhungen zu streichen. Die Abg. Dr. Gieseler (Dnt.), v. Reibinchen (D. Wp.) und Schäfers (D. Dem.) empfehlen die Wiederherstellung der Reichsbeiträge, während ein Regierungvertreter für den Ausschluß eintritt. Die Abstimmung ergibt bei schwacher Beteiligung die Wiederherstellung der Reichsbeiträge.

Angenommen wird ferner eine Ausschuss-Erklärung, die von der Regierung eine Nachweisung der finanziellen Beziehungen des Reichs an Kriegsgesellschaften und ähnlichen Organisationen sowie eine Denkschrift über die finanziellen Ergebnisse dieser Gesellschaften verlangt. Reichswirtschaftsminister Schmidt stellt dazu fest: Die Kriegsgesellschaften werden dauernd vom Reichsfinanzministerium kontrolliert unter Aufsicht der Oberrechnungskammer. Von den Ueberschüssen sind schon erhebliche Beträge der Reichsfinanzverwaltung überwiesen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß kontrolliert schon seit längerer Zeit die Kriegsgesellschaften. Abg. Dr. Dietrich-Baden (D. Dem.) unterliegt die Ausschüsse des Ministers gegenüber, der parlamentarische Untersuchungsausschuß habe seine Pflicht durchaus erfüllt. Abg. Dr. Quast (D. Wp.) erklärt dazu, diese verdienstvolle Prüfungstätigkeit sei rein privatnützlich. Hier handelt es sich aber darum, das Staatsrecht des Reichstages besser zu machen als bisher. Die Regierung müsse für die Durchführung und Rechnungslegung kaufmännische Grundsätze anwenden. Reichswirtschaftsminister Schmidt erwidert, die Kriegsgesellschaften müßten an sich schon ihre Bilanzen dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorlegen, der sie durch kaufmännische Sachverständige nachprüfen läßt.

Damit schließt die Beratung. Nächste Sitzung Montag 3 Uhr (Kleinere Vorlagen und Anträge). — Schluß 7/8 Uhr.

## Oberschlesien.

Wie aus Oberschlesien mitgeteilt wird, hat die interalliierte Kommission dem Sänderungsplan des Generals Döber ihre Zustimmung gegeben. Ueber einzelne Punkte besteht noch Unklarheit: Ueber die Kontrolle des polnischen Rückgangs und darüber, ob der deutsche Selbstschutz, wenn die Polen ihren Rückgang nicht durchzuführen, seine Stellungen wieder besetzen soll. Darüber wird noch verhandelt. Sonnabend nachmittag tritt der Zwölferauschuß zusammen und wird sich nochmals mit der Angelegenheit befassen.

Der Berliner Kontostab erklärt Cavas den vom „Berliner Volksanwähler“ veröffentlichten Geheimschrift, den General Döber an die französische Mission in Berlin gesandt haben soll, in allen Teilen erfunden. Nach dem Befehl soll zwischen dem General und Korfanty ein den französischen General schwer belastendes Zusammenarbeiten bestanden haben. — U. a. war in dem Befehl gesagt: Von deutscher Seite findet eine weitere Organisation der Freiwilligen in Oberschlesien statt und wir glauben, Gründe dafür zu haben, daß diese Organisation nicht nur gegen Korfanty gerichtet ist, sondern auch gegen die heutige deutsche Regierung. Es ist festgestellt worden, daß über ganz Deutschland ein derartiges dichtes Organisationsnetz gezogen ist, das einem feinnadeligen Spinnennetz gleicht, und daß die Werbungen nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Preußen und bis tief nach Süddeutschland hinein sich erstrecken. Es ist festgestellt, daß General Döber nicht von sich selbst absieht, sondern seine Instruktionen aus einem Zentralapparat erhält, der wahrscheinlich in Berlin seinen Sitz hat. Darum glaubt die französische Mission, daß ein weiteres Zurückgehen der Korfantysoldaten nach Polen falsch ist, weil die interalliierte Kommission in Oberschlesien nicht so viel Truppen besitzt, um damit die deutschen Streitkräfte allein entzweien zu können. An anderer Stelle heißt es dann weiter: „Wir haben infolgedessen mit allen anderen Vertretern der Entente folgendes beschlossen: 1. Korfanty kann auf dem gesamten Gebiet, das er besetzt hat, seine Organisation fortsetzen und vermehren zum Schutz der polnischen Einwohner. Wir fordern von Korfanty, daß er mehr Disziplin als bisher in seine Truppen bringt, und daß Korfanty unseren Gebotsbefehlen unbedingt Gehorsam leistet. 2. Unsere Truppen müssen so aufgestellt und verstärkt werden, daß wir in jedem Augenblick bereit sein können, die deutschen Truppen zu entwaffnen, und ihre Munition zu beschlagnahmen, falls sie nicht auf den ersten Befehl von uns die Waffen ausliefern. Wir finden täglich mehr und mehr Sympathie bei den Engländern und Italienern.“

Die „Welt Posten“ teilt mit, daß in der Sitzung des französischen Kommandos für auswärtige Angelegenheiten Ministerpräsident Briand in Bezug auf Oberschlesien erklärt, der englische und der italienische Standpunkt nähere sich dem französischen und man habe die Hoffnung, zu einer

Aufstellung des Volksabstimmungsgebiets zwischen Deutschland und Polen zu gelangen und in dieser Richtung auch die Unterstützung Amerikas zu finden.

## Die Auflösung der Selbstschutzorganisationen.

Kritisch wird aus Berlin gemeldet: Zum 31. Mai d. J. hat, wie bekanntgegeben, die Reichsregierung der Interalliierten Militärkontrollkommission die bis zu dieser Zeit erforderliche Liste der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen überreicht. Mit Rücksicht auf den am 20. d. M. bevorstehenden Ablauf der im Ultimatum für die Auflösung gesetzten Frist hat die Reichsregierung nunmehr die formellen Bekanntmachungen über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Ost- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisationen in Elsaß und Lothringen erlassen. Von der amtlichen Veröffentlichung an, die Montag im Reichsgesetzblatt erfolgt, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar.

Die entscheidende Wendung in der Frage der Auflösung ist bekanntlich dadurch eingetreten, daß, während der Friedensvertrag von Selbstschutzorganisationen nicht spricht, das Ultimatum vom 8. Mai d. J. in Verbindung mit der Pariser Note vom 20. Januar Deutschlands auch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen auferlegt und die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem für Deutschland ungünstigen Sinne interpretiert. Die Reichsregierung war durch die Annahme des Ultimats gezwungen, diese Interpretation zu übernehmen und auch ihrerseits diese von ihr früher bekämpfte Auslegung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages anzuwenden. Zusätzlich für die Auflösungsverfügung auf Grund der Artikel 177, 178 sind nach dem Gesetz vom 23. 3. 1921 die Landesregierungen, und, wenn diese von der Auflösung absehen, die Reichsregierung. Die beteiligten Landesregierungen haben es zum Teil vorgezogen, die Verfügungen der Reichsregierung zu überlassen, wollen jedoch selbstverpflichtlich, getreu der Verfassung und in Anerkennung der Zwangslage der Reichsregierung, dieser Verfügung Rechnung tragen.

Die Reichsregierung richtet nunmehr an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, auch ihrerseits sich mit Rücksicht auf die Zwangslage in die gegebene Notwendigkeit im vaterländischen Interesse zu fügen.

## Ein wichtiger Tag.

Die französische Presse erinnert daran, daß zum 30. Juni vier wichtige Termine des Londoner Ultimats ablaufen. An diesem Tage hat

1. die Ablieferung des Kriegsmaterials beendet zu sein,
2. die Ablieferung der Waffen der Einwohnerwehren,
3. die Auflösung der Einwohnerwehren selbst, ebenso hat
4. an diesem Tage ein Gesetz verabschiedet zu sein, das die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial verbietet.

## Erklärungen Graf Eorzas.

In der italienischen Kammer erklärte Graf Eorza, er nehme mit Genugtuung von der Regelung des Reparationsproblems Kenntnis. Die Entschleunigung der deutschen Regierung, den Zahlungsplan zur Ausführung zu bringen und die Entlohnung und die Aburteilung der Kriegsschuldigen vorzunehmen, sei der größte Fortschritt, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf dem Wege zur Befriedung Europas erzielt sei. Die gegenwärtige deutsche Regierung habe die feste und lokale Absicht bekundet, die Verpflichtungen zu erfüllen. Deutschland oder vielmehr der bessere Teil des Landes habe erkannt, daß es durch Entfernung der Gründe für Argwohn und Mißtrauen an seiner vollen wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau arbeite, die Italien mit herzlichster Genugtuung unterstützen werde.

Graf Eorza fuhr fort: Nicht der deutschen Regierung, deren gegenwärtiges Verhalten durchaus korrekt ist, wohl aber den Deutschen des einen oder des anderen Landes, die mit Hilfe von Verbänden mit mehr oder weniger ausgehenden Zielen ihre Blicke auf unsere gefährliche Abengrenze zu richten wagen, wollen wir sagen, daß unsere Mitbürger deutscher oder slawischer Abstammung durch uns Freiheit haben werden, wodurch und jedoch nur eine größere Verpflichtung auferlegt wird, außerhalb gesponnene Ränke nicht zuzulassen.

Das oberschlesische Problem berührend, erklärte Graf Eorza, er wisse nicht, daß man eine befriedigende Regelung finden werde. Indem er hervorhob, daß die Bevölkerung der kritischen Zone Gewalt angewendet habe, um einen tatsächlichen Zustand zu schaffen, der auf die Alliierten von Einfluß sein sollte, betonte er, daß italienische Soldaten die ersten Opfer waren. Indem sie ihrer Pflicht in vollem Umfang gerecht wurden, brachten sie weit größere Autopfer, als die der anderen Alliierten. Die polnische Regierung habe einen scharfen Unterschied zwischen ihrer Verantwortlichkeit und der der Insurgenten gemacht; es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn sie, auch in ihrem eigenen Interesse, von vornherein eine Haltung eingenommen hätte, die geeignet war, jede Zweideutigkeit auszuschließen. Graf Eorza betonte, daß in der italienischen Kammer, früher noch als in irgendeinem andern Parlament von Europa die Notwendigkeit verstanden worden ist, Polen unabhängig zu machen. Die polnischen Forderungen hätten nicht in Italien ein gefährliches brüderliches Mißverständnis, sogar zu der Zeit, als der Faschismus in voller Macht stand. Jetzt könne Italien Polen freimütig erklären, daß es, wolle es geschehen, besonders den Frieden über alles wünschen müsse. Das oberschlesische Problem sei ein Problem der Gerechtigkeit für alle. Die Abstimmung habe ihren Ursprung im Vertrage von Versailles; sie müsse in den Grenzen des Vertrages geregelt

werden, ohne daß Gewalt, von welcher Seite auch immer zur Anwendung komme.

## Das Orientproblem.

Cavas meldet aus Athen: In Verantwortung des Schrittes der Alliierten vom 21. d. Mts. erklärt die griechische Regierung, nachdem sie ihrem Rat für das Anerkennen der Alliierten Ausdruck gegeben hat, die Lage sei derart, daß nur die militärischen Interessen ihre Haltung bei ihren Entscheidungen zu bestimmen vermöchten.

Cavas meldet aus Ankara: Die formalistische Regierung hat telegraphisch von Bekir Sami Bey, der sich augenblicklich in Rom befindet, die Nachricht erhalten, daß die großen alliierten Mächte sich mit der Absicht tragen, den griechisch-türkischen Konflikt auf dem Vermittlungswege zu regeln. Die Nationalversammlung ist unverzüglich einberufen worden. Im Verlaufe der Besprechung der augenblicklichen Lage erklärte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, daß gewisse Angelegenheiten darauf hinweisen, daß die Griechen geneigt seien, sich mit einer freundschaftlichen Lösung der anatolischen Frage einverstanden zu erklären. Bei der Erwähnung des Eingreifens der Verbandsmächte erklärte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, es sei ganz ausgeschlossen, eine Lösung anzunehmen, welche die Unverletzlichkeit der Türkei in nationaler Hinsicht nicht durchaus sicherstellt. Der Schritt der Verbandsmächte könne ganz ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen, aber nur unter der Bedingung, daß bei den Verhandlungen der Geist wahrer Versöhnung walte.

## Die Lösung der irischen Frage.

Reuter meldet aus London: Lloyd George hat an den Präsidenten der Irischen Republik Devalera ein Schreiben gerichtet, in dem Devalera und seine Parteigenossen unter Würdigung freien Geistes eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland Sir James Craig jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben fügt hinzu, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsch befeuert, den vererblichen Streit zu beenden, der Jahrhunderte lang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verbittert, die in nachbarlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten zu bedeutungsvollen sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

## Zwangsversteigerung.

### Deutsches Reich.

Auflösung einer Genossenschaftsbank. Die Gewerbe-Bank Nürnberg, die auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut ist und jetzt auf eine 60jährige Tätigkeit zurückblickt, ist nicht mehr in der Lage, die hohen Kosten, namentlich die Gehälter der Angestellten nach dem neuen Reichslohn herauszuwirtschaften. Es wurde deshalb die Auflösung als Genossenschaft beschlossen und die Ueberleitung der Aktiven und Passiven an die Bayerische Diskont- und Wechselbank beantragt. Letztere führt die Geschäfte im bisherigen Rahmen als Depositenkasse weiter. Die Genossen erhalten zu ihrem Geschäftskonto einen Bonus von 40 pCt. als Abfindung.

Die Kosten der Besatzungsarmee im Rheinland. Der Brüsseler Sonderberichterstatter des „Temps“ teilt mit, daß gegenwärtig von Sachverständigen der verbündeten Regierungen die Kosten der Besatzungsarmee im Rheinland geprüft werden und daß die Angelegenheit demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden soll. Belgien wünsche, daß für die Besatzungsarmee eine Pauschallsumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgesetzt werde.

Ueber die Wirkungen des oberschlesischen Kohlenausfalls äußert sich die deutsche Bergwerkszeitung in Essen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß infolge des Ausfalls der oberschlesischen Kohle die Qualitätstrage große Schwierigkeiten bereiten werde und daß neben den Anforderungen der Entente die gesamte Steinkohlenversorgung Deutschlands auf dem Ruhrrevier lasse. Die Verabreichung des Hütten- und Eisenkontingents, die Einschränkung der Rostherzeugung sowie die bevorstehende Herabsetzung der Preise für aufbereitete Kohle seien Auswirkungen des Sortenmangels. Der Artikel weist auch auf die durch die Kohlennot heraufbeschworene Gefährdung der Ernährungslage hin. Die Verringerung der Bagengesteuerung und die ausreichende Bevorratung der Eisenbahn seien lediglich Zeichen eines erheblichen Rückganges des Wärrerkehrs.

Deutscheschlosserhandelsvertrag. Wie das „Prager Tageblatt“ meldet, ist der deutsch-schlosserhandelsvertrag vom Handelsminister Dostowoj unterzeichnet worden. Er wird demnächst dem Ministerrat und dem Parlament unterbreitet werden.

Die deutschen Zahlungen sollen in europäischen Geldsorten erfolgen. Die Reparationskommission teilt mit: Um Störungen des Wechselmarktes zu vermeiden, hat die Reparationskommission beschlossen, verschärfte für den Monat Juni zu gehalten, daß die deutschen Zahlungen nicht mehr in Dollars, sondern in europäischen Geldsorten ausgeführt werden. Diese Entscheidung konnte getroffen werden, da dadurch die betreffenden alliierten Mächte das Kurstillschließen übernommen haben, das mit den vorgesehenen Zahlungen in deren Währung verbunden ist.

Der Ausnahmestand in der Provinz Sachsen aufgehoben. Nach Mitteilung des Oberpräsidenten in Magdeburg ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1921 betr. den Ausnahmestand in der Provinz Sachsen mit Wirkung vom 28. Juni 1921 für die Bezirke Magdeburg, Erfurt, Merseburg aufgehoben worden. Ausgenommen von

Meister-Wahlung sind die Kräfte überwiegen, wodurch die Stadt, die Kräfte überwiegen, wodurch die Stadt, die Kräfte überwiegen, wodurch die Stadt...

Ungarn. Ende Ernte. Die Ernteaussichten in Ungarn sind, wie schon jetzt festgestellt werden kann, recht günstig. Die Ernte in Brotgetreide wird auf 25 Millionen Doppelzentner geschätzt...

England. Große Kundgebung für den Völkerbund. Aus London wird unterm 25. Juni gemeldet: Heute nachmittag findet im Hyde-Park eine große von der Völkerbundunion veranstaltete Kundgebung zur Unterstützung des Völkerbundes statt...

Die Einigungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik. Die Einberufung der gemeinsamen Besprechung der Regierung, der Bergwerksbesitzer und der Bergleute zum Montag ist auf Ersuchen der Bergleute geschehen.

Die Eröffnung des Kommunistenkongresses. Das Präsidium des Internationalen Kommunistenkongresses in Moskau hat sich nunmehr in Gestalt von Sinowjew (Russland), Rozen (Deutschland), Loriot (Frankreich), Genairi (Italien) konstituiert. Mit einer Festrede in ebendiesem feierlichen Theater wurden die Verhandlungen eröffnet...

Papiergeldflut. Aus offizieller russischer Quelle wird gemeldet, daß bis zum 1. April d. J. in Rußland für 1 168 Milliarden Papiergeld gedruckt worden sind.

### Deutsches und Sächsisches.

Der Männergesangsverein und Gem. Chor zu Riesa hatte am Sonnabend und Sonntag den 26. und 27. Juni eine große musikalische Veranstaltung im Saal und verankert am Sonnabend eine Begrüßungsfeier mit Konzert und Ball im Hotel Höpfer. Alle Brudervereine aus der näheren Umgebung und Anhänger und Gönner des Riesaer Vereins füllten fast bis zum letzten Platz das Konzerthaus...

Wackonzert. Es war weißes ein Genuss, den Darbietungen des Berliner Männergesangsvereins 'Seegerischer Männerchor 1890', Mitglied des V. S. D., in dem am gestrigen Sonntag vom Männergesangsverein und Gemischten Chor Riesa, im Park veranstalteten Konzert zu lauschen. Den Verein als hervorragend zu bezeichnen, ist durchaus nicht übertrieben. Das, was uns Herr Konzertführer G. Wobbelein mit seiner Sängerschar (30 Sänger) bot, war in jeder Weise musterhaft und vorbildlich...

Die Besetzung des Besetzungsdienstes waren entschieden dementsprechend (Schwieriger, ziemlich dramatisch gehaltenen 'Freundensong' - hier zeigte sich rechte Vorzugsfunktion - der nicht minder leichte Chor 'Wald' von Fr. Wagner und Co. sang 'Nur im Wald'...

Die sächsische Jubiläums-Bundesfestspiele Dresden 80. Juli bis 8. August 1921. Die zahlreichen Ausstellungen sind jetzt in der allerhöchsten Arbeit. In ihrer letzten Sitzung mit den Klubvorsitzenden und dem Bundesvorstande erfolgten eingehende Berichte über die Ausstellungen, aus denen zu ersehen war, daß schon jetzt mit voller Sicherheit von dem glänzenden Gelingen des Festes in sportlicher Hinsicht gesprochen werden kann...

Die Einschränkung der Postbestellung auf dem Lande. Die sehr eingeschränkte Postbestellung auf dem Lande, die nur einmal täglich, am Sonntag gar nicht stattfindet, schädigt die Landbewohner bereits erheblich. Trotzdem beabsichtigt die Reichspostverwaltung, verschiedene weitere Postagenturen und Posthilfsstellen in ländlichen Bezirken eingehen zu lassen. Durch eine kleine Anfrage bei der Reichsregierung verlangen die Deutschdemokraten Auskunft, ob die Regierung bereit ist, die übermäßigen Einschränkungen in Postfall zu bringen, namentlich die Sonntagbestellungen wieder einzuführen und auch Gelegenheit für Telefongespräche an Sonntagen zu geben.

Die sächsische Erwerbslosenfrage. Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden. Ferner hat das Bundesministerium in Wien für Mitglieder des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins die österreichische Sichtvermerkgeldern auf die Hälfte ermäßigt. Bei Inanspruchnahme der Vergünstigungen ist die Mitteilungsstelle voranzugehen.

Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden. Ferner hat das Bundesministerium in Wien für Mitglieder des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins die österreichische Sichtvermerkgeldern auf die Hälfte ermäßigt. Bei Inanspruchnahme der Vergünstigungen ist die Mitteilungsstelle voranzugehen.

der Besetzungsdienstes waren entschieden dementsprechend (Schwieriger, ziemlich dramatisch gehaltenen 'Freundensong' - hier zeigte sich rechte Vorzugsfunktion - der nicht minder leichte Chor 'Wald' von Fr. Wagner und Co. sang 'Nur im Wald'...

Die Besetzungsdienstes waren entschieden dementsprechend (Schwieriger, ziemlich dramatisch gehaltenen 'Freundensong' - hier zeigte sich rechte Vorzugsfunktion - der nicht minder leichte Chor 'Wald' von Fr. Wagner und Co. sang 'Nur im Wald'...

Der sächsische Jubiläums-Bundesfestspiele Dresden 80. Juli bis 8. August 1921. Die zahlreichen Ausstellungen sind jetzt in der allerhöchsten Arbeit. In ihrer letzten Sitzung mit den Klubvorsitzenden und dem Bundesvorstande erfolgten eingehende Berichte über die Ausstellungen, aus denen zu ersehen war, daß schon jetzt mit voller Sicherheit von dem glänzenden Gelingen des Festes in sportlicher Hinsicht gesprochen werden kann...

Die sächsische Erwerbslosenfrage. Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden.

Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden.

Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden.

Die sächsische Erwerbslosenfrage des Innern hat für Mitglieder deutscher Touristikvereine eine Ermäßigung der Kap- und Sichtvermerkgeldern darin eintriften lassen, daß während der Reisezeit Pässe mit höchstens dreimonatlicher Gültigkeit für eine Reise in das Berggebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem tschecho-slowakischen Teil des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 Mark, und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, und zwar dieser auch dann, wenn es sich um einen Dauerausweisschein für mehrtägige Grenzüberquerungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 Mark ausgestellt werden.





